

# Impulse #37

für eine lebendige Demokratie

## Thema: Rassismus

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, Mitglieder, Freundinnen und Freunde des Vereins!

In den ersten Wochen nach Aufdeckung des NSU wurden die Sicherheitsbehörden nicht müde zu betonen, bei den Tätern handle es sich um eine kleine, auch innerhalb der extremen Rechten isolierte Gruppe. Heute, ein Jahr später, ist klar, dass diese behördlicherseits favorisierte Zuschreibung nicht stimmt. Vielmehr zeigen die gesammelten Fakten, dass die NSU-Täter durchaus ein integraler Bestandteil des militanten Neonazismus waren. Jenes organisationssoziologische Bild einer fein säuberlich in Partei, Jugendkultur und militanten Flügel fragmentierten extremen Rechten, welches die Sicherheitsbehörden bis heute entwerfen, ist falsch. Gleiches trifft auf jene rechtsextremen Milieus zu, bei denen Verfassungsschutz und Polizei keine organisatorische Verfasstheit erkennen wollen, weil deren Funktionsweise nicht in ihr Analyseraster passen. In eklatantem Widerspruch zu dieser fatalen Fehleinschätzung des Strukturkontextes des NSU steht die weiterhin vorherrschende Deutungshoheit der Sicherheitsbehörden in der Interpretation der Fakten zur Entwicklung des Neonazismus.

### Falsche Konsequenzen aus dem NSU-Terror

Aller Informationen zum Trotz muss davon ausgegangen werden, dass die Öffentlichkeit bisher nur schemenhaft über die Gesamtheit der Vorgänge informiert ist. Insbesondere das Wirken von V-Leuten wirft die Frage auf, in welchem Wechselwirkungsverhältnis die Arbeit des Verfassungsschutzes mit den Aktivitäten der neonazistischen Szene steht. Zu fragen ist, ob die Arbeit der Verfassungsschutzämter bisher die Neonaziszene nicht mehr unterstützt als bekämpft hat. Angesichts dessen muss den Sicherheitsbehörden die Deutungshoheit über den Rechtsextremismus entzogen werden. Bisher jedoch passiert das genaue Gegenteil: Als Konsequenz aus dem Versagen der Sicherheitsbehörden

wurde ein neues Gefahrenabwehrzentrum eingerichtet. Die Kompetenzen des Verfassungsschutzes sollen erweitert werden.

### Debatte über Rassismus führen

So bleibt der in Staat und Zivilgesellschaft vorfindliche Rassismus als konstitutives Moment für den NSU-Terror unterbelichtet. Die Zuweisung der Aufarbeitung der NSU-Morde an die scheinbar zuständigen Institutionen wie Polizei, Justiz und Parlament weicht der Herausforderung, welche der NSU-Terror für die Demokratie darstellt, aus. Es ist endlich an der Zeit, mit der öffentlichen Debatte über die Reichweite und die Auswirkungen des Rassismus in Deutschland zu beginnen. Ohne die Erkenntnis, dass Rassismus in staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen sowie in der Bevölkerung weit verbreitet und ein konstituierendes Element von Neonazismus ist, kann eine wirkliche Aufarbeitung des NSU-Terrors nicht gelingen.

Zwanzig Jahre nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen und ein Jahr nach der Aufdeckung des NSU-Terrors widmet sich daher die Winterausgabe unseres Newsletters dem Thema Rassismus. Wir blicken auf die 1990er Jahre als Jahrzehnt der tödlichen rechten Gewalt und schauen auf die Kontinuitäten des Rassismus bis in die Gegenwart.

Allen Leser\_innen der „Impulse“ und allen Freund\_innen und Unterstützer\_innen von Miteinander e.V. wünschen wir eine anregende Lektüre und besinnliche Feiertag. Kommen Sie gut ins neue Jahr.

Ihr Pascal Begrich und das Miteinander-Team

## Seite 2

*Das Problem wird nicht deutlich beim Namen genannt  
Rostock-Lichtenhagen: Politik und Medien tun sich schwer, von Rassismus zu reden*

## Seite 4

*Lichtenhagen als Zäsur  
Ein rassistisches Pogrom, das bis heute nachwirkt*

## Seite 6

*Breite Bündnisarbeit gegen Nazis  
20 Jahre nach dem rassistischen Pogrom in Rostock-Lichtenhagen*

## Seite 8

*Rollenwechsel  
Ein dreijähriges Modellprojekt zieht Zwischenbilanz*

## Seite 10

*Erlebt und Vergessen?! 1992 – Tage der Gewalt in Quedlinburg*

## Seite 12

*„Aufhetzen, gewähren lassen und anschließend kapitulieren“  
Interview mit Martin Heinlein*

## Seite 13

*Nazi-Kleinod Kleinstadt  
Interview mit Thomas Bürk zu Ausgangsbedingungen in Kleinstädten für Rechtsextremismus*

## Seite 16

*„Banaler“ Rassismus und die Angst vor sozialer Deklassierung  
Die Auseinandersetzungen um die dezentrale Asylunterbringung in Leipzig*

## Seite 18

*Im Land der Frühaufsteher  
Ein Comic beleuchtet die Situation von Asylsuchenden in Sachsen-Anhalt*

# Das Problem wird nicht deutlich

Rostock-Lichtenhagen: Politik und Medien tun sich schwer,

Zu sagen, die Geschichte passiere immer zweimal – einmal als Tragödie und einmal als Farce – wäre mit Blick auf die Reaktionen in Politik und Medien sicherlich übertrieben. Doch ergeben sich bei genauerem Hinsehen zynische Parallelen zwischen den öffentlichen Reaktionen auf das traurige Jubiläum in diesem Jahr und denen auf das Pogrom vor 20 Jahren.

Am 9. November 1992 fand in Berlin vor dem Hintergrund des Rostocker Pogroms eine staatlicherseits organisierte Großdemonstration statt. Die Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard Weizsäcker wurde durch Heuchler-Rufe gestört. Ihm und anderen Politiker\_innen wurde vorgeworfen, zwar die Gewalt zu verurteilen, gleichzeitig aber an der rassistischen Stimmung im Land mitgewirkt zu haben, um das Grundrecht auf Asyl abzuschaffen. Noch während der Angriffe in Rostock-Lichtenhagen hatte der damalige Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU) erklärt, dass die rassistischen Ausschreitungen die Folge des Asylmissbrauchs seien. So wurden damals die Opfer zu Tätern gemacht.

Die Auffassung, Opfer rassistischer Gewalt seien zumindest mitschuldig an dem, was ihnen angetan wird, ist 20 Jahre später immer noch weit verbreitet. Das lässt sich an den aktuellen Diskussionen zeigen.

Auch der Bundespräsident im Jahre 2012 ließ es sich nicht nehmen auf der offiziellen Gedenkveranstaltung zum 20. Jahrestag der Ereignisse eine Rede zu halten. Und auch diese Rede wurde gestört. Anlass waren verschiedene Äußerungen von Joachim Gauck, der vor seiner Amtszeit unter anderem vor einer „Überfremdung“ Deutschlands gewarnt hatte.<sup>(1)</sup> Antirassistische Aktivist\_innen skandierten „Heuchler“ und breiteten ein Transparent aus mit der Aufschrift „Rassismus tötet!“. Andere Teilnehmer\_innen konnten dies nicht tolerieren, zerrissen das Banner und versuchten die Protestierenden abzu-drängen.

## Rassismus vs. Fremdenfeindlichkeit

Heute wie damals fällt es Vertreter\_innen aus Medien und Politik schwer von Rassismus zu sprechen. Stattdessen fallen Begriffe wie „Fremdenfeindlichkeit“ oder „Ausländerhass“. Diese Begriffe gehen offensichtlich leichter über die Lippen, weil sie ein entlastendes Moment aufweisen. Nicht nur weil „Rassismus“ aufgrund der Assoziation des Begriffes mit dem Nationalsozialismus an Zeiten erinnert, die – so wird regelmäßig betont – Vergangenheit sind, sondern auch, weil mit „Fremdenfeindlichkeit“ gleichzeitig sowohl Eigenverantwortung als auch gesellschaftliche Dimension des eigenen Tuns nicht benannt werden.

Grundlage des Rassismus ist die Vorstellung, dass jeder Mensch Teil einer kollektiven Identität oder Kultur sei, die sich aus der gemeinsamen Abstammung einer bestimmten Gruppe ergibt. „Fremdheit“ ergibt sich hiernach auf natürliche Weise zwischen Angehörigen verschiedener so definierter Gruppen. Im Begriff „Fremdenfeindlichkeit“ ist dies jedoch nicht kritisch hinterfragt. Er übernimmt diese Definition von Fremdheit und problematisiert lediglich die daraus entstehende „Feindlichkeit“. Eine Protestveranstaltung gegen „Fremdenfeindlichkeit“ kann daher nichts weiter tun, als gewaltbereite Rassist\_innen anzuflehen, doch bitte keine „Fremden“ zu verprügeln.

## Wie Mitschuld konstruiert wird

An Gaucks Rede wurde deutlich, dass der Begriff „Fremdenfeindlichkeit“ einer Deutung entspringt, die Teil des Problems ist. Wie es überhaupt zu dieser Feindlichkeit kommt, erklärte der Bundespräsident mit einer esoterischen Figur aus dem Arsenal pessimistischer Menschenbilder: „Die Angst vor dem Fremden ist tief in uns verwurzelt.“<sup>(2)</sup> Keineswegs war das ein bildhafter Ausdruck für den gesellschaftlichen Rassismus. Gauck meint eine überhistorische, nicht zu fassende und auch nicht vollständig zu überwindende Angst, die aus den „Abgründe[n] unserer Seele“<sup>(3)</sup> stamme. Diese Einsicht in die Notwendigkeit der „Fremdenangst“ nähre auch die Erkenntnis, dass es „natürlich“ sei, wenn Konflikte zwischen „Menschen aus unterschiedlichen

# beim Namen genannt

von Rassismus zu reden

Kulturkreisen“ entstünden und dass die Leugnung dieser Tatsache keinen Sinn mache.

Auch die Dokumentation „Als Rostock-Lichtenhagen brannte“<sup>(4)</sup> des NDR beteiligte sich an der Konstruktion von „Fremdheit“. Der Film beginnt mit dem sozialistischen Vorzeigestadtteil Lichtenhagen. Ordnung und Sauberkeit gab es hier; prosperierende Moderne. Auch die Anwesenheit von Ausländer\_innen in der DDR wird thematisiert – ebenso wie ihre Unsichtbarkeit.

Ausländer\_innen waren – als Vertragsarbeiter\_innen oder Gaststudent\_innen – oft isoliert von der weiß-deutschen Bevölkerung und sollten bald wieder gehen. So habe fehlender Kontakt und damit fehlende Kenntnis der „fremden Kultur“ nach der Wende dazu geführt, dass die Ostdeutschen an den Anblick der Ausländer nicht gewohnt gewesen seien.

Eine ehemalige Anwohnerin aus Lichtenhagen unterstreicht im Film die Verharmlosung: „Es prallten zwei Kulturen aufeinander aber auch Wut und Unverständnis auf beiden Seiten.“ Und die Ostseezeitung bewies abermals, Teil des Problems zu sein.<sup>(5)</sup> Sie kündigte den NDR-Film mit dem Hinweis an, dass damals „Deutscher Ordnungssinn [...] auf osteuropäisches Chaos [traf]“. <sup>(6)</sup> Dies suggeriert, dass sich gleich starke Parteien gegenüberstanden, die jeweils ein gewisses Problem mit der anderen Seite hatten. Vor dem Sonnenblumenhaus spielte sich aber etwas anderes ab. Hier hatten Leute, die stolz auf ihr Deutschsein waren, ein Problem mit sogenannten Fremden. Geradezu zynisch wirkt in diesem Zusammenhang die Feststellung auf Spiegel Online, dass die Gegenwart eine ganz andere sei, da es inzwischen „dutzende Organisationen gibt [...], die sich in Rostock um die Integration von Migranten kümmern“. <sup>(7)</sup>

Deutlicher wurde nur die FAZ. <sup>(8)</sup> In rechtspopulistischem Duktus wurde hier erklärt, dass als „halber Nazi“ bezeichnet werden würde, wer äußert, dass die Zustände „auch für die Anwohner“ unzumutbar gewesen wären. Nicht nur dieser Satz, sondern der gesamte Artikel steht exemplarisch für die Kontinuität der 1990er Jahre bis heute. Ohne Umschweife polemisiert er gegen das, was er als „Multikulturalismus“ bezeichnet

und bezeichnet den Zuzug von Flüchtlingen als ein „makaberes politisches und soziales Experiment“ von „Sozialalchimisten“.

Während die Dokumentation im NDR ausführlich diejenigen zu Wort kommen lässt, die den versuchten Massenmord damals nutzten, um Stimmung für die Abschaffung des Asylrechts zu machen, bleiben die Betroffenen sprachlos. Lediglich ein Mann, der in den 1980er Jahren aus Chile flüchtete, berichtet, wie Anfang der 1990er die rassistischen Kommentare seiner Kollegen zugenommen haben. All dies wird eingeordnet in die Erzählung vom enttäuschten Ossi, der seine blühenden Landschaften nicht bekam und schließlich immer wütender wurde.

Hiernach hätten die sozialen Verwerfungen in den neuen Bundesländern nach der Wende dazu geführt, dass Gewalt gegen sogenannte Fremde eskalierte. So argumentierte auch Karsten Laske im Freitag.<sup>(9)</sup> Eingebettet in ostalgische Erzählungen über persönliche Begegnungen mit Sinti vor 1989, macht er klar, dass die Angst vor der Armut das eigentliche Problem in Rostock gewesen sei. Ausländer habe man daher ausschließlich als Bedrohung des individuellen sozialen Status wahrgenommen. Gar seien Diskussionen über Rassismus überflüssig: „Die Diskussion um den Ausländerhass, die den Ereignissen folgte, eröffnete einen Nebenkriegsschauplatz, auf dem kaum gekämpft worden war.“<sup>(10)</sup>

## Menschen statt Völker!

Selten bis gar nicht gab es in der Debatte Verweise auf die Traditionslinien des deutschen Rassismus, die auch in der DDR fortgeführt wurden. So basierte der Nationalismus auch in diesem deutschen Staat auf der Vorstellung der gemeinsamen Abstammung. Zwar wurde in der DDR die „Völkerfreundschaft“ propagiert, aber genau hier liegt auch ein Problem: Menschen wurden nicht als Individuen, sondern als Angehörige einer biologisch oder kulturell begründeten Kollektividentität gezeitigt und wahrgenommen. Insofern ist nicht nur der fehlende Kontakt zwischen DDR-Bürger\_innen und Ausländer\_innen ein Problem, sondern auch das Unvermögen Menschen als Menschen, statt als personifizierte Volkskultur wahrzunehmen. (mib)

(6) Ostseezeitung vom 1.8.2012: Doku-Drama beleuchtet Krawallnächte, im Internet unter: [www.ostsee-zeitung.de/rostock/index\\_artikel\\_komplett.phtml?param=news-8id=3513007](http://www.ostsee-zeitung.de/rostock/index_artikel_komplett.phtml?param=news-8id=3513007), zuletzt eingesehen am 29.8.2012.

(7) Spiegel online: Gauck zum Gedenktag in Rostock. „Es gibt keine Entschuldigung“ im Internet unter: [www.spiegel.de/politik/deutschland/gauck-gedenkt-der-krawalle-in-rostock-lichtenhagen-a-852185.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gauck-gedenkt-der-krawalle-in-rostock-lichtenhagen-a-852185.html), zuletzt eingesehen am 13.9.2012.

(8) FAZ vom 25.8.2012: von Altenbockum, Jaspar: Harte Bretter. Lichtenhagen, im Internet unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/harte-bretter-lichtenhagen-11866872.html>, zuletzt eingesehen am 5.9.2012.

Zuvor trug der Artikel noch den Titel „Terror gegen Asylanten. Lichtenhagen“. Die folgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

(9) Freitag vom 11.8.2012: Karsten Laske: Katalysator Hass, im Internet unter: <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/katalysator-hass>, zuletzt eingesehen am 05.09.12

(10) Ebd. Als wäre dies nicht genug, beginnt Laske den Artikel mit einem Vergleich zu einem antisemitischen Pogrom, dass 1946 in Polen stattgefunden hat. Hier seien dieselben Mechanismen wie in Lichtenhagen ursächlich gewesen, nämlich der Hass auf die Armut. Der Autor kommentiert dies: „Und man könnte ergänzen: nicht nur wir Deutschen.“

# Lichtenhagen als Zäsur

Ein rassistisches Pogrom, das bis heute nachwirkt

Vor 20 Jahren eskalierten im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen die Angriffe eines rassistischen Mobs auf die Zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende und eine benachbarte Unterkunft von Vertragsarbeiter\_innen zum größten Pogrom der deutschen Nachkriegsgeschichte. Faktenreich und detailliert fielen die medialen Rückblicke auf das Pogrom aus. Weitgehend ausgeblendet blieb aber der Kontext des Ereignisses im Verlauf des Jahres 1992.

## „Übergriffe“? Ein Pogrom!

Noch vor zehn Jahren stieß die Charakterisierung der Ereignisse des Augusts 1992 als Pogrom auf starken Widerspruch. In den damals spärlich ausfallenden medialen Retrospektiven dominierte die unscharfe und verharmlosende Bezeichnung „ausländerfeindliche Ausschreitungen“ für den tagelangen rassistischen Terror. Dass es sich bei den Ereignissen in Lichtenhagen um ein Pogrom handelte, hatte 1992 öffentlich nur der damalige Präsident des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, ausgesprochen.

Bubis wurde dafür scharf, in zum Teil antisemitischem Tonfall, kritisiert. (1) Selbst in der Wissenschaft standen Autoren wie Hajo Funke oder Kay Wendel mit ihrem Plädoyer, hierfür den Be-

griff „Pogrom“ zu verwenden, (2) weithin allein da. Heute, nach 20 Jahren, sehen in den Medien und in der Wissenschaft viele den Begriff „Pogrom“ zur Beschreibung der damaligen Ereignisse als angemessen an. (3)

Auf Youtube findet sich jener Song, der in den 1990er Jahren zur Hymne des militanten Neonazismus wurde. Er stammt von der britischen Rechtsrock-Band „No Remorse“ und trägt den bezeichnenden Titel „Barbecue in Rostock“. Das Video zum Song ist unterlegt mit den Fernsehbildern von den Pogrom-Nächten in Lichtenhagen. Ereignis und Video hatten für die militante Rechte in Deutschland die Wirkung eines Fanals. Der Song gibt die damalige Stimmung der Neonazis wieder. Was bis dahin nur in den Vernichtungsfantasien ihrer Liedtexte vorkam, konnte Realität werden – rassistische Pogrome gegen Migrant\_innen unter Beteiligung der Bevölkerung.

Die Bilder von Lichtenhagen sind Ausgangs- und Fluchtpunkt der Normalisierung des Rechtsextremismus in Deutschland in den 1990er Jahren. Die politisch-ikonografische Langzeitwirkung jener zurzeit wieder häufig zu sehenden Bilder aus Rostock wird dabei oft unterschätzt. Lichtenhagen, August 1992 – das ist zum festen Bestandteil eines rechtsextremen Narratives geworden. Demnach siegten in Rostock „nationale Aktivisten“ im Bund mit der Bevölkerung über einen „staatlich verordneten Multikulturalismus“. Das Pogrom von Lichtenhagen wurde so für Neonazis zum Modell für eine Politik der ethnisch-rassistischen Säuberung.

## Wirkung und Kontext

Lichtenhagen stellte durchaus eine Zäsur dar. Der Aufstieg einer rechtsextremen Lifestyle-Kultur zum ganze Regionen bestimmenden gesellschaftlichen Faktor Ostdeutschlands ist ohne dieses Fanal nicht denkbar. Das Pogrom vermittelte gleich mehreren Generationen junger Neonazis den durch die Realität nur selten widerlegten Eindruck, ihrer Gewalt gegenüber Migrant\_innen seien keine Grenzen gesetzt. Eine Singularität, welche die retrospektive Berichterstattung der vergangenen Wochen nahelegt, hatte das Pogrom von Lichtenhagen jedoch nicht. Mannheim-Schönau, Quedlinburg – an vielen anderen Orten gab es ähnliche rassistische Mobilisierungsverläufe, die nicht in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangten. Die Mobilisierung eines gewalttätigen Rassismus war nicht auf Ostdeutschland beschränkt und nahm verschiedene Formen an. Brandanschläge, rassistische Krawalle und gezielte Morde fügten sich zu den Fundamenten einer rechtsextremen Bewegung, deren Inhalte zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte temporär mehrheitsfähig wurden, und deren Dynamik bis heute immer wieder neue Nahrung erhält. Dass diese „Erfolge“ der Pogrome und Gewaltexzesse der Jahre 1992/93 manchen aus der neonazistischen Szene den Weg wiesen, (4) ging in den historischen Details der Berichterstattung im August 2012 fast unter: Auch die Täter\_innen des NSU erlebten ihre politische Sozialisation in dieser Hochphase erfolgreicher rassistischer Kampagnen von Medien, Teilen der Politik und der extremen Rechten. Sich heute mit den rassistischen Gewaltexzessen der 1990er Jahre auseinanderzusetzen, heißt jene gesellschaftlichen Kontexte zu beschreiben, die zum Zusammenspiel zwischen rassistischen Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft und der radikalen Initiative einer gewaltbereiten, neonazistisch motivierten Minderheit führen können. (5)

## Modell des Behördenversagens

Dass und wie die Sicherheitsbehörden im Kontext von Lichtenhagen versagten, wird heute freimütig nur von jenen eingeräumt, die damals noch keine politische Verantwortung trugen. Im (Nicht-)Handeln der Behörden im Falle des Pogroms von 1992 finden sich viele Motive, die bis heute den Umgang der Polizei mit rechten und rassistischen Gewalttaten prägen. Jenseits der Frage, ob das Handeln der Polizei in Lichtenhagen politisch intendiert oder dem Chaos des Strukturaufbaus geschuldet war – geblieben ist bis heute die behördliche Unfähigkeit, den politischen Charakter rechter Gewalt in seinen vielschichtigen Dimensionen zu identifizieren und die Dynamik rechter Vergemeinschaftungsformen zu erkennen. Der institutionelle Formalismus, rassistische Ressentiments und ein Mangel an Flexibilität verstellen der Polizei zu oft den Blick auf die Gelegenheitsstrukturen rechter Gewalt.

## Und die Zivilgesellschaft?

Die Frage nach dem Versagen der Zivilgesellschaft blieb im Rahmen der Gedenkveranstaltung in Rostock unterbelichtet. Der Appell des Bundespräsidenten an die „wehrhafte Demokratie“ und das „Gewaltmonopol des Staates“ vermeiden es, nach der „dunklen Seite der Zivilgesellschaft“ (6) zu fragen. Die weithin statuierte Annahme, Zivilgesellschaft sei per se demokratisch und emanzipatorisch verfasst, geht – wie die Ereignisse vor 20 Jahren in Rostock zeigen – fehl. Denn rechtsextreme Graswurzelarbeit in der Sphäre des Sozialen oder Mechanismen rassistisch motivierter Selbstorganisation sind ebenfalls zivilgesellschaftlich verfasst.

Wo autoritäre und rassistische Aspekte zivilgesellschaftlicher Ermächtigung ihre Wirkung entfalten, dort hat nicht der Staat oder die Polizei versagt. Dort mobilisiert eine Zivilgesellschaft gegen Demokratie und Menschenrechte. Im Angesicht von Pogromen wie in Rostock-Lichtenhagen ist mit administrativen oder polizeilichen Mitteln nur notdürftig ein Status Quo der Abwesenheit rassistischer Gewalt aufrechtzuerhalten. Rassistische Ausgrenzung lässt sich damit nicht zurückdrängen. Zivilgesellschaftliche Transformationen hin zu einem gleichberechtigten Leben aller Menschen in einem Gemeinwesen sind nicht staatlich herbeiführbar. Dass der Finitis der Zivilgesellschaft mitunter dünn ist, war der bemerkenswerteste Satz im Statement des Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern. Er bleibt gültig. (db/pb)

(3) Vgl. für die Medien z. B. [www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/media/zapp5613.html](http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/media/zapp5613.html). Die hier abrufbare Dokumentation reflektiert ausgesprochen selbstkritisch die Rolle der Medien in der sogenannten Asyldebatte. Eine wissenschaftliche Reflexion über die Einordnung der Ereignisse als Pogrom findet sich z. B. hier: Prenzel, Thomas: 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimension und Folgen rassistischer Gewalt, in: Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 32, August 2012. (4) Vgl. Liske, Markus und Manja Präkels: Von Rostock nach Zwickau. 20 Jahre nach dem Pogrom von Lichtenhagen, in: Jungle World 34/2012, S. 3. (5) Vgl. Schmidt, Jochen: Politische Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Asylbewerberheim in Flammen aufging, Berlin 2002. (6) Vgl. Roth, Roland: Die dunkle Seite der Zivilgesellschaft. Grenzen zivilgesellschaftlicher Fundierung der Demokratie, in: Geißel, Brigitte et al (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital, Opladen 2004.

# „Breite Bündnisarbeit

20 Jahre nach dem rassistischen Pogrom

Im August 1992 griffen Bewohner\_innen, rechte Jugendliche und organisierte Neonazis aus Ost- und Westdeutschland die Aufnahmestelle für Flüchtlinge und das angrenzende Wohnheim von Vietnames\_innen in Rostock an. Das rassistische Pogrom von Lichtenhagen, bei dem es nur durch Glück keine Toten gab, war ein vorläufiger Höhepunkt der rechtsextremen Gewaltwelle nach dem Fall der Mauer und beschleunigte die politische Debatte zum Asylrecht. Noch im gleichen Jahr einigten sich CDU, CSU, SPD und FDP darauf, das Grundrecht massiv einzuschränken. Wir sprachen mit Peter (39), der in den 1990er Jahren in der linken Szene Rostocks aktiv war.

*Wie war die Situation 1992 in Rostock?*

Die Stimmung in der Stadt – und wie wohl überall in Ostdeutschland damals – war geprägt von Arbeitslosigkeit und Resignation. Es war klar, dass die großen Anti-Treuhand-Abwehrkämpfe von 1991 Geschichte sind und vor allem erfolglos waren. Das Aufflammen der Proteste Anfang 1992 gegen die Werftschließungen konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Messen bereits gesungen waren.

Nazi-Übergriffe gab es fast täglich. Vor allem Unterkünfte von Vertragsarbeiter\_innen und Flüchtlingen wurden permanent angegriffen. Diese Welle eskalierte im Herbst 1991 nach Hoyerswerda und 1992 noch einmal nach dem Pogrom in Lichtenhagen.

Ende 1990 wurde in Lichtenhagen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAst) für Mecklenburg-Vorpommern in einem Wohnblock eingerichtet, direkt neben dem Wohnheim der vietnamesischen Vertragsarbeiter\_innen. Ausgestattet mit maximal 300 Betten wohnten in dem Block und auf der Wiese davor zeitweise bis zu 650 Personen. Die unhaltbaren und menschenunwürdigen Zustände waren bekannt, wurden aber von den Verantwortlichen so hingenommen mit der Begründung, wenn man die Lebensbedingungen verbessere, kämen noch mehr. Sie setzten auf Abschreckung.

*Welche Rolle spielten die lokalen Medien vor den Pogrom-Nächten und danach?*

Vor dem Beginn des Pogroms gab es immer wieder Ankündigungen, dass was an dem Wochenende „passieren werde“ und „mit der Situation Schluss gemacht werde“. Diese Ankündigungen wurden von der lokalen Presse kritiklos wiedergegeben. Vielmehr wurden Anwohner\_innen mit ihren rassistischen Stereotypen über unsaubere und kriminelle Romas zitiert.

Auch während des Pogroms war die Distanz gering. In den lokalen Medien wurden Menschen zitiert, die unwidersprochen das Pogrom rechtfertigen konnten. Eine eindeutige Verurteilung fand nicht statt. Gleichzeitig gab es immer mehr überregionale und internationale Medienöffentlichkeit, Fernsehsender, die mit ihren durch Sicherheitsdienste gesicherten Fernsehquipment live von dem Pogrom berichteten.

*Wie habt ihr das Verhalten der Polizei erlebt?*

Die Polizei hielt sich vorwiegend zurück. Sie waren zu wenige, sie waren zu schlecht ausgestattet und sie wurden vor allem dilettantisch geführt. Es fehlte an Einsatzkleidung, Wasserwerfern, Bereitschaftspolizei. Einige Beamte\_innen haben sich im Anschluss an den Einsatz öffentlich über die augenscheinliche Unfähigkeit bzw. Unwillentlichkeit der Einsatzleitung, gegen das Pogrom vorzugehen, geäußert. Die Polizei hätte die Sache beenden können, es war aber politisch nicht gewollt. Stattdessen wurden Antifaschist\_innen daran gehindert, nach Lichtenhagen zu fahren. Und am Samstag danach, bei der großen Antifa-Demo, konnte man den Polizeistaat wieder in seiner reinen Blüte erleben.

*Was hat sich nach den Nächten im August und der Räumung der ZAst in Rostock verändert? Was habt ihr getan?*

Danach war erst mal Dauerterror. Die Pogrome gingen ja überall weiter, täglich wurden irgendwo in Deutschland Flüchtlingsunterkünfte von Nazis und Bürger-Mob angegriffen, teilweise auch mehrere Tage lang. Wir haben versucht, die Situation von verschiedenen Seiten anzuge-

# gegen Nazis“

in Rostock-Lichtenhagen

hen. Wir haben versucht, das Erschrecken, das es danach auch gab, für eine breite Bündnisarbeit zu nutzen, um einen Anti-Nazi-Konsens in der Stadt zu schaffen. Wir haben versucht, weiter Einfluss auf die Jugendarbeit in der Stadt zu nehmen. Dann haben wir versucht, die Situation von Migrant\_innen in Rostock zu verbessern, vor allem hinsichtlich der Unterbringung. Und, natürlich, den Nazi-Terror auf den Straßen durch militante antifaschistische Gegenwehr einzudämmen. Das war auch teilweise ganz erfolgreich. In der Stadtverwaltung, in den Parteien und in der Zivilgesellschaft gab es viele, die ernsthaft und nicht nur aus Imagegründen gegen das Nazi-Problem vorgehen wollten und mit denen wir über Jahre erfolgreiche Bündnisarbeit betreiben konnten. Die Unterbringung der Flüchtlinge hat sich verbessert. Rostock war eine der ersten Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern, die sich zur dezentralen und innenstadtnahen Unterbringung bekannt hat. Auch konnte zumindest für einen Teil der Vietnames\_innen gegen den Widerstand der CDU-geführten Landesregierung ein Bleiberecht durchgesetzt werden. Schließlich konnte durch militante Antifa-Arbeit bis Mitte der 1990er Jahre erreicht werden, dass zumindest die Innenstadtbezirke weitgehend sicher vor Nazi-Terror waren. Nazis haben sich in der Zeit nur noch in größeren Gruppen in die Innenstadt getraut. Später hat sich auch die Situation in den Neubauvierteln verbessert.

*Gibt es in der Stadt ein Erinnern an das Pogrom?*

Ja, gibt es. Allerdings war es 1998 – als die NPD im Bundestagswahlkampf ihre zentrale Veranstaltung in Lichtenhagen abhalten wollte – und 2002 größer als dieses Jahr. Eine eigene Gedenkkultur gibt es bislang nicht. Erst dieses Jahr hat sich die Bürgerschaft bei allen Betroffenen des Pogroms ausdrücklich und unmissverständlich entschuldigt, eine offensive und nachhaltige Erinnerungspolitik gibt es allerdings nicht.

*Drei Monate nach dem Pogrom einigten sich CDU/CSU, SPD und FDP auf den sogenannten Asylkompromiss, der einer faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl gleichkam. Welche weiteren Folgen hatte die Welle der rassistischen Gewalt auf das Leben von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Deutschland?*

In der Folge des Asylkompromisses hat sich die rechtliche Situation von Flüchtlingen in Deutschland massiv verschlechtert. Gleichzeitig ging die rassistische Pogromwelle ungehindert weiter bis 1993/1994, was zahlreichen Migrantinnen und Migranten das Leben kostete.

*Kritische Stimmen beklagen im Zusammenhang mit der Aufklärung der rassistischen Mordserie durch den „Nationalsozialistischen Untergrund“, dass die Entwicklungen der extremen Rechten wie auch die Versäumnisse von Politik und Behörden in den 1990er Jahre nicht berücksichtigt werden. Wie siehst du das?*

Finde ich nicht. Nach meiner Wahrnehmung nehmen die 1990er Jahre einen erstaunlich breiten Raum ein. Vor allem am Anfang der Berichterstattung über den NSU. Was aber oft fehlt, ist die Frage nach dem Warum, also warum sich solche gewalttätigen und terroristischen Strukturen der extremen Rechten herausbilden konnten, ohne dass dies zu einer entsprechenden Reaktion des Staatsapparates geführt hätte. Erinnern wir uns doch nur an die permanenten Waffenfunden bei den Nazis in den 1990er Jahren und Anfang der 2000 Jahre. Dies blieb alles ohne Konsequenz. Und dass es so war, kann man nicht auf individuelle Fehler zurückführen.

*Wir danken für das Interview!*

*Das Interview führte Thomas Weber.*



# RollenWechsel

Ein dreijähriges Modellprojekt zieht Zwischenbilanz

Seit April 2011 entwickeln, erarbeiten und erproben wir lebensnahe Konzepte in der Präventionsarbeit an der Schnittstelle Gender und Rechtsextremismus. In dem Projekt RollenWechsel (1) werden kultur-, musik-, und theaterpädagogische Elemente methodisch mit Demokratie- und Menschenrechtsbildung sowie Körperarbeit verknüpft. Bewährte Ansätze werden in Fortbildungen an Praktiker\_innen weitergegeben und diese anschließend bei der Umsetzung und Implementierung eigener Projektideen beraten und fachlich begleitet.

Dabei versprechen wir uns Antworten auf folgende Fragen: Welche Rolle spielen geschlechtsspezifische Motive bei Ein- und Ausstiegsprozessen in die und aus den rechtsextremen Szenen? Was tragen sie zur Entwicklung von rechtsextremen und gruppenbezogen menschenfeindlichen (2) Einstellungen bei? Wie lassen sich Genderaspekte in der pädagogischen Arbeit wirkungsvoll thematisieren?

Das Modellprojekt greift auf langfristige Kooperationen mit verschiedenen Trägern der Kinder- und Jugendarbeit, (Jugend-)Haftanstalten, Jugend(hilfe-)einrichtungen und Schulen (Förderschulen, Sekundarschulen) mit Schwerpunkt im ländlichen Raum zurück. Eine enge Zusammenarbeit mit pädagogischen, psychologischen und anderen Fachkräften vor Ort ist für unsere Arbeit besonders wichtig.

Bei der Auswahl der Zielgruppen konzentrierte sich RollenWechsel auf den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und erprobte exemplarisch Projekte mit Sekundar- und Hauptschüler\_innen an der Schnittstelle schulischer und außerschulischer Bildung, mit schulabsentem Jugendlichen sowie mit straffälligen Jugendlichen.

## Arbeitsansätze aus Theater und Kultur

In der Arbeit nutzen wir integrative pädagogische Modelle, die es erlauben, historisches Lernen und Biografiearbeit – auch generationsübergreifend – mit der Rechtsextremismusprävention zu verbinden. Generell haben wir in der Bildungsarbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen gute Erfahrungen mit theater- und kulturpädagogischen

Methoden gemacht. Auch in diesem Projekt setzen wir Theater, Bilder, Fotografie, Film, Schreiben etc. ein, die durch Elemente der Körperarbeit wie z. B. Tanz und Sprechübungen verstärkt werden. Themen wie Identität, Lebenswelten, Werte, Zukunftsvisionen und Weltoffenheit mit Jugendlichen auf Augenhöhe zu diskutieren, spielt dabei eine zentrale Rolle.

Neben der inhaltlichen und thematischen Auseinandersetzung in der Arbeit sind uns menschenrechtliche und emanzipatorisch-demokratische Standards wichtig. Dazu gehört auch die freiwillige Teilnahme. Wir bearbeiten Themen, die sich an der Lebenswelt und den Interessen der Jugendlichen orientieren und meist auch von ihnen selbst eingebracht werden. Folglich geht es in unserer Arbeit langfristig auch um Wertevermittlung, Selbstbestimmung und Partizipation und ist nicht auf reine Wissensvermittlung ausgelegt.

## Selbstkritisch dem eigenen Handeln gegenüber

Geschlechter reflektierend und präventiv zu arbeiten, bedeutet für uns, den männlichen und weiblichen Jugendlichen notwendige Frei- und Schutzräume zu geben sowie Impulse zu setzen, damit die Vielfalt der Geschlechterrollen wertschätzend wahrgenommen, erlebt, reflektiert und erprobt werden kann. Die erlernten Rollenzuschreibungen und Stereotype zu hinterfragen und für sich selbst zu überdenken, erfordert ein hohes Maß an Selbstbewusstsein, Eigenständigkeit, Mut und Widerständigkeit.

Daraus leitet sich der Handlungsbedarf für unsere Projektarbeit ab. Dazu gehört auch, die Jugendlichen bei der Suche nach der eigenen Identität, den eigenen Wünschen und Bedürfnissen kritisch zu begleiten. Nicht immer ist es notwendig, Gender/Geschlecht im Projekt vordergründig zu thematisieren. Vielmehr bildet der Schwerpunkt Gender/Geschlecht die Projektklammer und umfasst auch die Haltung der Pädagog\_innen, welche regelmäßig in Supervisionen und anhand von Fallbeispielen im Team reflektiert werden.

Unsere praktische Arbeit wird durch einen Beitrag im Themenfeld Rechtsextremismus und Gender fachlich unterstützt. Zur Erprobung und Weiterentwicklung der Konzepte bietet sich uns die Möglichkeit, gemeinsam mit Wissenschaftler\_innen und Praktiker\_innen Leerstellen und Fallstricke der pädagogischen Arbeit zu reflektieren und in der weiteren Arbeit zu berücksichtigen.

## Einblicke in die Praxis

Max ist 15 Jahre alt und eigentlich Schüler. Eines Morgens kommt ein Brief nach Hause. Die Mutter ist wütend, ein Rausschmiss folgt. Was geht? Max trifft sich mit seinen Kumpels und redet sich den Frust von der Seele. Statt in die Schule zu gehen, rappt er lieber und schreibt seinen ersten Rap Song. ... Mutter warum machst du immer Stress? Ich frag mich, warum du's nicht lässt... Du bist nicht wie die anderen, lass meinen Flieger bei dir landen ... Zukunft, Liebe, Musik und Familie, das alles sind unsere Wünsche und Ziele ... Max ist auf der Suche. Wo führt sein Weg hin?

Dieser Text – Auszüge aus Programmheft und Rap-Texten – entstand im Rahmen des Rap-Theater-Experiments (3) von Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 16 Jahren. Ausgangsfragen waren etwa: Was schränkt mich ein, so zu sein, wie ich gern sein möchte? Wer möchte ich gern sein? Diese Fragestellungen schufen ein kreatives Setting, in dem zunächst alles möglich schien. Bei tieferer und längerer Auseinandersetzung mit diesen Fragen wurde jedoch deutlich, dass sich die Jugendlichen sehr intensiv zu Rollenmustern, Stereotypen und Zwängen verhalten.

Der Einstieg in die Projektarbeit erfolgte über Musik. In einem längeren Prozess entwickelten die Jugendlichen eine theatrale Performance, die sie am Ende öffentlich aufführten. Dabei erarbeiteten sie sowohl die Grundidee des Stückes, schrieben die Musik und die Rap-Texte selbst, gestalteten Bühnenbild und Videoperformance, die in die Aufführung integriert war, und bedienten die notwendige Licht- und Tontechnik. Auch für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit waren die Jugendlichen verantwortlich.

# Rollen WECHSEL

Geschlechter reflektierend zum Thema Rechtsextremismus zu arbeiten, hieß in diesem Projekt immer wieder, die Reflexionsfähigkeit, Kritikbereitschaft und Konfliktfähigkeit der Jugendlichen zu stärken, Raum für demokratische Auseinandersetzungen zu schaffen, ohne den Workshopprozess zu behindern oder nicht-rechte Jugendliche zu verdrängen und – die eigene Haltung als Pädagog\_in und im Team immer wieder zu hinterfragen.

Wie und in welchem Setting sollte ich auf rechte Sprüche reagieren? Wo sind meine eigenen Grenzen in der Arbeit? Welche Jugendliche bekommen welche Rollen? Wer räumt auf und wer trägt die Sachen weg? Wer bedient die Technik? Wer sprayt, wer schreibt? Wem traue ich als Pädagog\_in welche Fähigkeiten zu?

Unreflektiert und unausgesprochen können Rollenstereotype inklusive ihrer Hierarchien und Machtverhältnisse zementiert werden. Daher bieten sich kreative Prozesse an, die zahlreichen Möglichkeiten anzusprechen, zu reflektieren und spielerisch zu erproben. Gerade Gruppenprozesse wie die oben beschriebenen ermöglichen es den Jugendlichen, Anerkennung, Sicherheit, Gemeinschaft, Freundschaft, Selbstwirksamkeitserfahrungen, Nervenkitzel und vieles mehr auch außerhalb einer rechtsextremen Szene zu erleben.

## Chancen für Einzelne und für Gruppen

Die Arbeit mit Theater ermöglicht sowohl die Aneignung von Wissen durch das eigene individuelle Erleben als auch in dynamischen Prozessen in einer Gruppe. Dadurch werden intensive kraftvolle Momente ermöglicht, die zu Veränderungen von Einzelnen und in der gesamten Gruppe führen können – wenn sie sensibel, kritisch und aufmerksam von Fachkräften begleitet werden.

Unserer Ansicht nach ist die beste Prävention gegen Rechtsextremismus und Rassismus eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem Thema und die Förderung von demokratischer Beteiligung – nicht nur bei Jugendlichen.

(rm, kl)



Forum zum Thema „Kulturelle Bildung als Prävention gegen Neonazismus“ von Ricarda Milke und Kathrin Lau; durchgeführt beim Fachtag „Rosa, Blau, Braun“ am 15. Oktober in Leipzig

Der Projektfilm ist über [www.miteinander-ev.de](http://www.miteinander-ev.de) zu beziehen.

(1) Das Modellprojekt wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programmes „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“, durch das Ministerium für Arbeit und Soziales im Land Sachsen-Anhalt, LOTTO TOTO Sachsen-Anhalt sowie weitere Drittmittelgeber gefördert.

(2) Zur Ideologie der Ungleichwertigkeit und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) vgl. Wilhelm Heitmeyer

(3) Auszüge aus dem Programmheft und Rap, welches Jugendliche im Rahmen des Rap-Theater Experimentes 2012 entwickelten.



Ergebnisse einer Recherche mit Jugendlichen zu Rollenbildern

# Erlebt und Vergessen?!

1992 – Tage der Gewalt in Quedlinburg

Das Jahr 1992 war geprägt von Gewalt und Rassismus. Nicht nur in Quedlinburg. Auch in Rostock-Lichtenhagen oder in Mannheim-Schönau sammelte sich ein rassistischer Mob vor den Unterkünften Asyl suchender Menschen. Brandsätze und Steine flogen, die Polizei war machtlos, überfordert und sah sich oft außerstande ihrer Aufgabe nachzukommen, den Schutz der Menschen zu gewährleisten. Das gesellschaftliche Klima war geprägt von einer Diskussion zum Asylrecht, die von Politiker\_innen aber auch der Presse immer wieder neu entfacht wurde.

Im Osten Deutschlands brachen durch die Neuorientierung am Westen Biografien zusammen und viele Menschen schienen mit ihrer persönlichen und der gesellschaftlichen Situation überfordert. Im Schatten der öffentlichen Diskussion zum Asylrecht tummelten sich extrem rechte Parteien und warben mit Slogans wie „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus“, flankiert von Schlagzeilen in der Presse wie „Ansturm der Armen“ (Spiegel, 9.9.1991), „Asyl: Bonn, tu was“ (Bild, 26.9.1991), „Fast jede Minute ein neuer Asylant. Die Flut steigt – wann sinkt das Boot?“ (Bild, 2.4.1992) oder „Asyl. Die Politiker versagen“ (Spiegel, 6.4.1992).

Politiker\_innen der etablierten Parteien stimmten mit ein und machten auf dem Rücken der Asylbewerber\_innen Wahlkampf. Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) sprach im Oktober 1992 von „Staatsnotstand“. Der Fraktionsvorsitzende der CDU im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Eckhard Rehberg, sekundierte: „Die Basis der CDU denkt besonders in der Frage des Asylrechts entschieden konservativer als die Spitze der Landespartei.“ Diese Beispiele zeigen die Konstellation Anfang der 1990er Jahre, in der ein rechter, gewaltbereiter Mob erstarken konnte.

## Rassistische Hetze mit Auswirkungen bis in den Harz

Die Situation in Quedlinburg, einer kleinen Stadt am Harz, eskalierte im September 1992. Damals griffen extrem rechte Gruppen, von großen Teilen der Bevölkerung beklatscht, mit Molotowcocktails und Steinen das dortige Asylbewerberheim an. Auch hier schritt die Polizei nicht ein.

Doch im Gegensatz zu anderen Städten gab es einen zivilgesellschaftlichen Zusammenschluss von Bürger\_innen und antifaschistischen Gruppen. Gemeinsam stellten sie sich schützend vor das Tor des Heims und harrten dort mit einer Mahnwache über sechs Tage aus. Ihr Einsatz machte sie zur Zielscheibe und es gab Verletzte. Doch auch hier kam die Polizei nicht ihrer Aufgabe nach und verhinderte die Angriffe. Die Bürger\_innen hätten selbst Schuld, wenn sie sich vor das Tor stellen, so begründete der damalige Einsatzleiter das Nichteingreifen der Polizei im MDR-Fernsehen. Er lag mit der Verdrehung von Verantwortung auf Linie des damaligen Innenministers von Sachsen-Anhalt, Hartmut Perschau (CDU).

Zwanzig Jahre nach diesen rassistischen Ausschreitungen ist Quedlinburg eine Stadt, die den Titel „Stadt ohne Rassismus – Stadt mit Courage“ trägt. Eine Stadt darf sich mit diesem Titel schmücken, wenn sie ihre Bürger\_innen durch Bildungsangebote und andere Aktivitäten zu diesem Thema sensibilisieren und aktiv gegen rassistische Strömungen in der Gesellschaft vorgeht. Im Rahmen dieser Aktivitäten wurde 2012 auf das Pogrom von 1992 zurückgeschaut. Das Gesamtkonzept umfasste auch ein vom Kulturzentrum Reichenstraße ausgehendes Filmprojekt. Darin kamen Zeitzeug\_innen zu Wort, die damals die Mahnwache aufrechterhielten. Ergänzt wurden die Berichte durch Medienbeiträge der damaligen Zeit. Der Film wurde im September eine Woche lang in den Abendstunden an verschiedenen Plätzen der Stadt gezeigt. Die Reaktionen waren vielgestaltig. Tourist\_innen, die zufällig vorbeikamen, blieben stehen und informierten sich. Anwohner\_innen schauten aus dem Fenster oder von den Balkonen, andere beschwerten sich über die Lautstärke des Filmes, ohne zu reflektieren, um was es ging. Ein junger Mann fühlte sich derart gestört in seinem Recht auf Ruhe, dass er aufgebracht auf die Straße kam und entschlossen den Strom kappte.

## Ein verdrängtes Kapitel für die gesamte Stadtgesellschaft

All diese Reaktionen bestärkten die Macher des Films in ihrer Meinung, dass die Erinnerung an den September 1992 in vielen Köpfen schlicht nicht mehr vorhanden war. Offensichtlich hatte ein Verdrängen der damaligen Ereignisse stattgefunden, die mit Ausnahme der damals Beteiligten die gesamte Stadtgesellschaft betraf. Im Kreis der Zeitzeug\_innen hingegen hatten die Ereignisse eine einschneidende Wirkung, die teilweise bis in die heutige Zeit reicht. Viele von ihnen arbeiten heute am Runden Tisch gegen extrem rechte Gewalt in Quedlinburg mit. Sie gehören zu den Ersten, die bei Naziaufmärschen zu Gegenaktionen bereit sind, oder sie setzen sich für ein tolerantes Miteinander in der Stadt ein.

Unter ihnen stießen die Macher des Filmes „Erlebt und Vergessen?!“ bei ihren Recherchen auf offene Türen. Immer wieder gab es Hinweise und Ratschläge, wer noch einen Beitrag zum Film leisten könnte. In dieser Situation war es schwer, sich auf die angesetzten 15 Minuten für den Film zu beschränken. Da so viele Erinnerungen und Erfahrungen, Medienberichte und Interviews vorhanden waren, dass eine Auswahl nur schwer möglich war.

## Ein „abgehaktes“ Thema nicht für alle

Die Angst, dass die Vertreter\_innen der Zivilgesellschaft nach 20 Jahren das Thema als „abgehakt“ betrachten könnten, hatte sich nicht bestätigt. Im Gegenteil, den Film begleitend wurden zwei Veranstaltungen organisiert, durch die die Quedlinburger\_innen miteinander in einen Gedanken- und Erfahrungsaustausch treten konnten.

Bei einer Podiumsdiskussion in Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen wurde zwar einerseits deutlich, dass die Bürger\_innen der Stadt auch heute kaum verstehen, warum die Polizei damals ihrer Verantwortung nicht nachgekommen war, doch gleichzeitig bot die Veranstaltung das erste Mal in großer Runde die Möglichkeit, alte Missverständnisse zur Sprache zu bringen. Dadurch könnte in Zukunft eine bessere Zusammenarbeit der verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen im Kampf gegen Rassismus wahrscheinlicher werden. Sehr eindrucksvoll waren die persönlichen Geschichten und Eindrücke, die von damaligen Protagonist\_innen bei einem Zeitzeugengespräch vorgebracht wurden, das speziell für Jugendliche organisiert worden war, die die Zusammenhänge nicht mehr kennen konnten. Egal aus welcher Motivation heraus die Beteiligten sich damals eingemischt haben, ob als Stadtverordnete\_r, als Antifaschist\_in oder aus einer anderen zivilgesellschaftlichen Gruppe heraus, ist – das ergab der Abend – bei ihnen der Eindruck des „Nie Wieder“ haften geblieben ist.

## Die Gefahr ist nicht gebannt

Auch heute besteht in Deutschland die Gefahr, dass es wieder zu ähnlichen Pogromen kommen kann. Im Lichte des Nationalsozialistischen Untergrunds und der sogenannten „Eurokrise“, angesichts der Diskussionen über Migration in konservativen Kreisen, der Presse und der Bundesregierung und nicht zuletzt aufgrund der Angst vor dem Verlust von Besitzständen, ist es jederzeit möglich, dass sich wieder ein gewaltbereiter Mob zusammenfindet. Die Gefahr ist nicht gebannt, dass sich die Ereignisse von vor 20 Jahren in ähnlicher Weise wiederholen könnten. (Timo Götze)

Der Autor ist Netzwerkkordinator der Schulen ohne Rassismus – Harz im Dachverein Reichenstraße e.V.

# „Aufhetzen, gewähren lassen und anschließend kapitulieren“

Martin Heinlein war 16 als das Flüchtlingsheim in Quedlinburg angegriffen wurde

Rostock-Lichtenhagen war kein Einzelfall. Nach demselben Schema kam es Anfang der 1990er Jahre in Hunderten von kleinen und größeren Städten zu rassistischen Ausschreitungen und Pogromen. Die Angriffe auf das Flüchtlingsheim in Quedlinburg im September 1992 stechen aufgrund einer Besonderheit heraus: Nicht nur Antifas, sondern auch Bürger\_innen der Stadt stellten sich aktiv dem rassistischen Mob entgegen.

*Martin, wie hast du damals die Stimmung in Quedlinburg vor und während des Pogroms erlebt?*

Die Stimmung war ziemlich aufgeheizt – zumindest unter Jugendlichen. Nur drei Wochen vorher hatte das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen stattgefunden und die extreme Rechte war geradezu euphorisiert. Junge Neonazis fühlten sich als die Vollstrecker des „gesunden Volksempfindens“, was auf Teile der Bevölkerung offensichtlich auch zutraf. Entsprechend offensiv und aggressiv verhielten sie sich. Für all jene, die von ihnen als Gegner ausgemacht wurden, war es eine schwere Zeit. Demzufolge waren Nichtdeutsche im Stadtbild im Grunde nicht wahrnehmbar. Die wenigen Flüchtlinge, die es gab, konnten sich nicht gefahrlos in der Öffentlichkeit bewegen und versuchten daher, potenziellen Angriffen aus dem Weg zu gehen.

*Wie kam es dazu, dass du etwas gegen die Angriffe tun wolltest? Warst du schon vorher politisch aktiv?*

Ich verstand mich als politisch links, hörte Punkmusik, kleidete mich entsprechend und hielt mit meiner Meinung nicht hinterm Berg. Aber Kontakt zu politischen Gruppen oder zur Antifa hatte ich zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Das änderte sich erst durch das Pogrom. Bei der Mahnwache, die damals angesichts der Angriffe auf das Asylbewerberheim stattfand, lernte ich Menschen kennen, die die gleichen politischen Ansichten vertraten wie ich und sich engagierten.

*Wie sah der Protest gegen die rassistischen Ausschreitungen aus?*

Während des einwöchigen Pogroms gab es verschiedene Arten des Protestes. Am bekanntesten ist sicherlich die Mahnwache, an der auch ich teilnahm. Etwa 30 Menschen, vom Punker bis zum PDS-Stadtrat, nahmen daran teil und stellten sich an mehreren Tagen schützend vor das Flüchtlingsheim. Während die Polizei in den Seitenstraßen teilnahmslos zuschaute, wurde die Mahnwache immer wieder aus dem mehrere Hundert Personen umfassenden Pogrommob heraus angegriffen. Für den Donnerstag, den vierten Tag des Pogroms, hatten autonome Antifaschist\_innen zu einer nicht angemeldeten Demonstration aufgerufen, an der ca. 300 Menschen teilnahmen. Sie wählten eine andere Form des Protestes. Ihre pure Anwesenheit war eine klare Sanktionsdrohung an den Mob. Auch wenn einige Neonazis diese Demo unter anderem mit Molotowcocktails angriffen, so beendete sie doch das Pogrom für diesen Tag. Denn als die Antifaschist\_innen als Unterstützung der Mahnwache vor das Flüchtlingsheim zogen, musste sich der Mob zurückziehen und seine Aktionen für diesen Tag einstellen. Tags darauf am Freitag gingen die Angriffe auf das Flüchtlingsheim aber wieder los und forderten sogar einige Verletzte aufseiten der Mahnwache. Unterdessen mobilisierte die Antifa zu einer erneuten Demonstration am Samstag und versuchte am Freitagabend Nazis an der Anreise zu hindern. Samstags demonstrierten etwa 500 Menschen gegen das Pogrom. Während die Polizei an den vorangegangenen Tagen nicht nur völlig versagt, sondern klar gezeigt hatte, dass es nicht gewollt war, das Pogrom zu verhindern, zeigte sie an diesem letzten Tag Präsenz und war massiv vor Ort. Mit der „Evakuierung“ der Flüchtlinge endete auch das Pogrom. Die Verantwortlichen kapitulierten damit vor dem Mob, welchen zu hindern sie nicht willens waren. Auch in Quedlinburg lief das Schema von Rostock-Lichtenhagen ab – aufhetzen, gewähren lassen und anschließend kapitulieren.

Wir danken für das Gespräch! (mib)

# Nazi-Kleinod Kleinstadt

Interview mit Thomas Bürk zu Ausgangsbedingungen in Kleinstädten für Rechtsextremismus

*Die Entwicklung des Rechtsextremismus nach der politischen Wende 1989/90 spielt sich vor dem Hintergrund der besonderen Situation der kleinen und mittleren Städte in den ostdeutschen Flächenländern ab. Du hast in Deiner Studie „Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland“ diese Entwicklung am Beispiel zweier Kleinstädte in Brandenburg untersucht. Was waren dort die entscheidenden Faktoren für die sozialräumliche Entwicklung dieser Städte nach 1989/90 und wie sah diese Entwicklung aus?*

Die große Zäsur war natürlich – neben den Veränderungen auf der politischen und administrativen Ebene – der völlige Zusammenbruch der lokalen Wirtschaft. Er lief in den frühen 1990er Jahren in den ostdeutschen Städten in ungeheurer Geschwindigkeit ab. Die Kommunen hatten es mit einem historisch unvergleichlichen ökonomischen Strukturbruch zu tun: Die Betriebe wurden entweder von westdeutschen oder neugegründeten Unternehmen übernommen und oft aus Wettbewerbsgründen abgewickelt. Auch der Austausch von Personal und Verwaltungskräften hatte weitreichende Folgen für die soziale und kulturelle Verfasstheit vieler Städte und Regionen.

Auf diese Entwicklung lässt sich die ostdeutsche Kollektividentität als Erfahrungs- und Leidenskollektiv zurückführen, die einhergeht mit einem Opfermythos, sich als „Deutsche zweiter Klasse“ zu verstehen, und fremdenfeindlichen Reflexen auf Zuwanderer und Migrant\_innen. Freilich ist diese Beschreibung weder als Entschuldigung noch als Erklärung tauglich. In Ostdeutschland war der schockartig erfolgte Anschluss an marktradikale, neoliberale Wirtschaftskonzepte (inklusive der inhärenten schamlosen Bereicherung weniger Profiteure) sicher brutaler als im Westen. Beantwortet wurde und wird er teilweise immer noch mit einem Rekurs auf die alte Arbeitsgesellschaft mit deren sozialen Absicherungen, geregelten Subjektpositionen, arbeitsplatzbezogenen Identitätsangeboten und gesellschaftlichen Gemeinschaftsvorstellungen.

*Können wir davon ausgehen, dass diese Beschreibung auch mit der Situation anderer Kleinstädte in Ostdeutschland vergleichbar ist?*

Zunächst einmal gibt es vor dem Hintergrund der umfassenden Strukturbrüche so etwas wie einen gemeinsamen Erfahrungshorizont in ganz Ostdeutschland: Das Erleben kollektiver Abwertung und wirtschaftlicher Deprivation.

Freilich haben diese Brüche differenzierte Deutungen und Handlungsorientierungen durch unterschiedliche Akteure erfahren. Vor allem wurden sie im Laufe der letzten zwanzig Jahre durch lokale Entwicklungen, aber auch auf der Landesebene abgeschwächt. Heute gibt es trotz immer noch grober ähnlicher Rahmenbedingungen für ganz Ostdeutschland ein differenziertes Bild lokaler ökonomischer Entwicklung. Es reicht von Prosperität bis zur Verarmung, von Städten, die von der relativen Nähe zu Ballungszentren profitieren oder aber in deren Schatten sozial und kulturell veröden, von lokal aktiven demokratischen und antirassistischen Stadtgesellschaften bis hin zu völlig verkorksten, xenophob-rassistischen Szenarien in anderen Städten.

Diese unterschiedlichen lokalen Bedingungen können sowohl rechtsradikale Strukturen reproduzieren, wie etwa in Teilen Vorpommerns, aber auch der wichtigste Garant dafür sein, neonazistische Neuformierungen langfristig zu verhindern.

*Welche Rolle spielen Kleinstädte als spezifische Sozialräume?*

Vor allem im Süden Ostdeutschlands gibt es viele Kleinstädte, also Ansiedlungen mit 5.000 bis 20.000 Einwohner\_innen. Ihre Besonderheit liegt weniger in ihrer Größe, sondern in der qualitativen Dynamik, die dort aufgrund leicht überschaubarer kommunaler Vergesellschaftung einzelnen Bewohner\_innen und – als historischer Prozess – auch deren Interaktionen zukommt. In Ostdeutschland gab es die Besonderheit, dass in vergleichsweise kleinen Städten

*Thomas Bürk ist Sozialgeograph, Historiker und empirischer Kulturwissenschaftler. Seine Arbeitsschwerpunkte umfassen Stadtforschung (auch kleinerer Städte), Cultural Studies und kritische Geographie. In seiner Dissertation hat er sich umfassend mit der besonderen Situation ostdeutscher Kleinstädte und den daraus resultierenden Bedingungen für die Entwicklung des Rechtsextremismus beschäftigt.*



größere Industriebetriebe und Kombinate angesiedelt waren. Diese monoindustrielle Ausrichtung mit Wohnsiedlungen und Versorgungsinfrastrukturen führte oftmals auch zu einer Präsenz von Hunderten Vertragsarbeiter\_innen aus Vietnam und anderen sozialistischen Bruderländern. Deren Unterbringung in abgeschotteten Wohnheimen, den damit verbundenen regulierten und reglementierten Kontaktmöglichkeiten mit der städtischen Mehrheitsbevölkerung, sowie die damit einhergehende Zementierung kulturalisierter Differenzbehauptungen, legte auf der lokalen Interaktionsebene symbolisch, aber auch ganz direkt, deren Außenseiterpositionen fest. Auch dies sollte sich in den 1990er Jahren bitter bewahrheiten.

*Welchen Einfluss hatte diese Entwicklung dann auf die Entstehung bzw. Verfestigung rechtsextremer Strukturen?*

In fast jeder ostdeutschen Stadt, die ich kenne, kam es bereits 1989/1990 zu ersten Auseinandersetzungen zwischen mehr oder weniger neonazistischen Rechten und alternativen Jugendlichen, Punks und anderen nicht-rechten Szenen. Es waren Kämpfe um Jugendklubs, besetzte Häuser, Discos, Kneipen und um die Präsenz auf öffentlichen Plätzen. Vom Ausgang dieser Auseinandersetzungen, die sich über fast die gesamten 1990er Jahre hingezogen haben – und in manchen Städten immer noch nicht abgeschlossen sind – hängt die gegenwärtige Lage in einer Stadt nachhaltig ab.

Auch wenn nicht-rechte/alternative Jugendliche nicht die einzigen relevanten Akteure bei der Abwehr und Bekämpfung rechtsradikaler Gruppen sind, so bilden sie oftmals doch die aktivsten, allerdings auch die schnelllebigsten Zusammenschlüsse gegen Rechts. Oftmals gründen sich Antifa-Gruppen quasi alle zwei bis drei Jahre nach dem Wegzug der Abiturklassen in die großen Städte neu. Diese Fluktuation wird durch Enttäuschung, Einschüchterung oder interne Konflikte noch verstärkt. Hinzu kommt die für Kleinstädte freilich typische massive Abwanderung vieler junger und aufgeschlossener Menschen – in den letzten zwanzig Jahren vor allem Richtung Westen – in Großstädte wie Berlin, Hamburg, München, Frankfurt am Main oder als Saisonarbeiter\_innen, Au-Pairs nach Österreich, in die Schweiz, die USA, Großbritannien etc. Auch aufgrund dieser Abwanderungsprozesse und der Verunsicherung bzw. Abwesenheit von Migrant\_innen konnten sich so ab

1990 schnell – allerdings lokal unterschiedlich stark – neonazistische Strukturen verfestigen. Zudem wirkte die Ankunft westdeutscher Kader. Viele, wenn nicht bereits völkisch-nationalistisch orientierte, so doch zumindest für xenophobe Sprüche und rassistische Aktionen offene Jugendliche und junge Erwachsene waren in Ostdeutschland durch diese Agitator\_innen aktivierbar. Sie waren ja dann auch die Hauptträger\_innen der Pogrome und Übergriffe in Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda oder Greifswald.

*Wo siehst Du die größten Verfehlungen und Probleme, die zum Erstarken rechter Strukturen in der Vergangenheit geführt haben?*

Die Dimension der rechtsradikalen Mobilisierung Anfang der 1990er Jahre wurde weder erkannt noch konsequent verfolgt oder bekämpft. Dieser Vorwurf geht zuallererst in Richtung der großen demokratischen Parteien, an die Polizei, die Justiz und andere staatliche Einrichtungen.

Die mediale Ausblendung der Opferperspektive in den 1990er Jahren führte zu einer gefährlichen Entpolitisierung. Dazu trug auch bei, dass man bei rechter Gewalt in der Regel nur Einzeltäter am Werk sah. Damit wurde die gesellschaftliche Ebene komplett ausgeblendet, und die Gewalt lediglich als Ausdruck von Verelendung interpretiert, als immer schon da gewesene pubertäre Jugendgewalt, Folge schlechter Elternhäuser und sozialer Desintegration etc. Völlig übersehen wurde dabei, dass Rechtsradikale politisch-ideologische Überzeugungstäter\_innen sind. Durch psychosoziale Betreuung kann man sie alleine nicht bekämpfen.

In den von mir besuchten Kleinstädten sind die neonazistisch-orientierten Akteure seit mehr als einem Jahrzehnt mitunter die Einzigen, die einfache Lösungswege aus der Misere anbieten. Damit bestimmen sie über einen langen Zeitraum oftmals alleine politische Orientierung und Identifikationsangebote vor Ort. Ihre Mobilisierungserfolge speisen sich aus einem klaren Feindbild und auf Gruppenritualen und Treffpunkten, die ein Gemeinschaftsgefühl erzeugen. Überspitzt gesagt: Rechtsradikale Aktivist\_innen sind in von Krisenstimmungen geprägten Städten oft die Einzigen, die dort hoffnungsfroh in die Zukunft blicken.

Aus dieser Perspektive kann jeder weitere zivilgesellschaftliche Einbruch, die anhaltende ökonomische oder politische Depression, antidemokratische Emotionen sowie die anhaltende Abwesenheit von Migrant\_innen und gegenkulturellen Aktivist\_innen etc. als Bestätigung der eigenen Programmatik und hegemonialen, zum Teil auch gewalttätigen Praxis verstanden werden.

Eine weitere Besonderheit: Für den Mehrgenerationenpool an aktiven oder passiven Rechtsradikalen werden vor allem Jugendliche rekrutiert, die aus integrierten sozialen Lagestammen. Entweder sind sie in familiäre Strukturen („Hotel Mutti“ oder eigene Familiengründungen) oder in feste Arbeitsverhältnisse (oftmals im Handwerk) bzw. Vereine wie der Feuerwehr oder dem Motorradclub eingebunden.

*Welche (klein-)städtischen Akteure sind – nach Deiner Beobachtung – entscheidend für mögliche Strategien zur Zurückdrängung des Rechtsextremismus?*

Es sind Menschen mit unterschiedlichster Herkunft und biografischer Motivation, die sich nach meiner Beobachtung lokal engagieren: Als die Hauptakteure in Kleinstädten lassen sich vor allem nicht-rechte Jugendliche und Anhänger\_innen alternativer Jugendkulturen, aktive dorthin zugewiesene Flüchtlinge und deren Unterstützer\_innen, aber auch aktive Einzelpersonen, Provinzbohemiens, Intellektuelle im Ruhestand usw. feststellen. Dazu kommen Personen, die oftmals in den späten 1980er oder frühen 1990er Jahren dorthin zugewandert sind, sei es um sich als Geschäftsleute bzw. als Mitglieder alternativer, lebensreformerischer Projekte in der Region niederzulassen. Ferner scheinen Bürgermeister\_innen seit 1990 an Bedeutung als lokale Autoritätspersonen gewonnen zu haben. Aus der Haltung der Stadtoberen und ihrer Behörden lassen sich ebenfalls Rückschlüsse auf eine mehr oder weniger „tolerante“ Stadtkultur ziehen. (mu)



*Literaturempfehlung:*  
Bürk, Thomas: *Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland: Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten*, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2012.

# „Banaler“ Rassismus und die

Die Auseinandersetzungen um die dezentrale

Die Debatte um die Situation der Asylsuchenden in Leipzig ist nicht neu. Bereits 2010 sollten aufgrund der katastrophalen Zustände die Bewohner\_innen zweier „zentraler Sammelunterkünfte“ andernorts einquartiert werden. Die Stadtverwaltung plante damals, ein zentrales Containerlager in direkter Autobahnnähe zu eröffnen. Erst nach Protesten beschloss der Stadtrat im Juni 2010, ein mehr dezentrales Konzept für die rund 40 Prozent der Asylsuchenden zu erarbeiten, die nicht in eigenen Wohnungen untergebracht sind. (1) Einer vollständigen Dezentralisierung stehen Landes- und Bundesgesetze im Weg, die selbstbestimmte Wohnmöglichkeiten generell nur nach sog. humanitärem Ermessen der Behörden zulassen.

## 2012: Das fertige Konzept und vielstimmige Proteste

Am 8. Mai 2012 präsentierte der Leipziger Sozialbürgermeister das neue Konzept. Es sieht die Verteilung von mehr als 200 Asylsuchenden auf sechs Mehrfamilienhäuser in den Stadtteilen Plagwitz, Portitz, Wahren, Eutritsch, Schönefeld/Dölitz-Dösen und Grünau ab November 2013 vor. (2)

Gegen das städtische Vorhaben regte sich erneut Widerstand. Doch dieses Mal kritisierten die Leipziger\_innen nicht die menschenunwürdigen Bedingungen in Sammelunterkünften. Stattdessen entbrannte der Protest vor allem in einigen der Gebiete, in denen die Unterbringung geplant war, und folgte anderen Begründungsmustern. Zum Teil sehr aggressiv wurde in Stadtbezirksbeiratssitzungen, in denen das Konzept vorgestellt wurde, von „Angst ums Hab und Gut“ gesprochen und der Verlust von Immobilienwerten sowie die Gefährdung der eigenen Sicherheit befürchtet.

Unterschieden werden muss zwischen dem Protest in Wahren und Portitz und den Reaktionen der Bevölkerung in Grünau. In Grünau gibt es bereits eine Asylunterkunft. Hier waren die Proteste vor allem von der Angst um soziale Deklassierung geprägt. In den sozio-ökonomisch besser gestellten Stadtteilen wehrten sich die Bürger\_innen hingegen gegen die Zerstörung ihrer „Idylle“. Ziel der neu gegründeten „Bürgerini-

tiative Leipzig-Wahren“ ist beispielsweise, sich „für den Erhalt Wahrens als historisch gewachsenes Wohngebiet mit homogener sozio-kultureller Bevölkerungsstruktur [einzusetzen]“. (3) Und nach dem Motto „Nicht in meiner Nachbarschaft“ lehnen die Protestierenden in Portitz die Unterbringung von Asylsuchenden in ihrem Stadtteil ab, befürworten aber den Standort in Grünau. (4)

Auch die lokale Politik blieb von dem Zorn der betroffenen Bürger\_innen nicht unberührt. Vor allem die CDU und die neonazistische NPD agitierten gegen die Pläne der Stadtverwaltung und versuchten, aus dem Protest politischen Profit zu schlagen.

## Gegenstimmen und Standhaftigkeit

Als Reaktion auf diese rassistisch geprägten Proteste gründete sich ein Initiativkreis. Er setzte sich in einer Unterschriftenaktion für eine kritische Zustimmung zum Dezentralisierungskonzept der Stadt ein. Innerhalb eines Monats sammelte der Kreis 5410 Unterschriften. Außerdem suchten Vertreter\_innen der Initiative den Kontakt zu den Asylsuchenden, intervenierten in den Stadtbezirksbeiratssitzungen und organisierten Kundgebungen. (5) In Plagwitz, hier sollen nach den Plänen der Stadt ebenfalls Asylsuchende untergebracht werden, gründete sich die Initiative „Offene Nachbarschaft Leipzig-Südwest für Flüchtlinge“. (6)

Das zwischenzeitlich leicht verbesserte Konzept (In einem Antrag schlugen die Fraktionen von SPD, DIE LINKEN und B90/Die Grünen neue Standorte vor, mit denen die anvisierte Obergrenze von 50 Personen pro Objekt eingehalten werden kann) stand am 18. Juli zur Abstimmung im Stadtrat.

Der Antrag wurde in fast allen Punkten angenommen. Einzig eine Änderung fand wenig Zuspruch: Die Einbeziehung der Asylsuchenden bei der Umsetzung des Konzepts wurde abgelehnt. (7)

Wie ist das alles zu deuten?

# Angst vor sozialer Deklassierung

Asylunterbringung in Leipzig

## Rassistische Normalzustände in der Gesellschaft.

Die bekannten Einstellungsstudien (8) zeigen eine hohe Verankerung rassistischer Denkmuster in der Gesellschaft. Kurzum: Die Mehrheitsgesellschaft ist rassistisch und die lokalen Sozialräume (Nachbarschaften etc.), die Institutionen (Behörden, Ämter etc.) sind es logischerweise auch. Vor diesem Hintergrund lassen sich die rassistischen Äußerungen und Aktivitäten in Leipzig einordnen.

Die Behauptung, der Stadtteil Grünau dürfe nicht zu „Kreuzberg“ werden, ist Teil einer lokal angepassten rassistischen Erzählung „Made in Germany“. Der Stadtteil wird zum Verteidigungszentrum einer vermeintlich festgeschriebenen „deutschen“ Identität, die nicht, wie im Klischee von Berlin-Kreuzberg, migrantisch überformt werden soll. Dass sie dies empirisch betrachtet längst ist, wird dabei außer Acht gelassen.

Die zentralen Argumente in der Auseinandersetzung waren Vorurteile, die einen festen Platz im rassistischen Wissen der Gesellschaft haben.

## Soziale Klassenkämpfe und Rassismus.

Die in Grünau angezeigten „sozialen Probleme und Konflikte“ (9) lassen sich noch anderweitig interpretieren: Die rassistischen Praktiken haben auch ihre Begründungen in den sozialen Lagen der von politischen und ökonomischen Prozessen negativ Betroffenen. Der Rassismus ist somit auch eine Trotz- und Ermächtigungsstrategie von schon sozial benachteiligten Gruppen oder von Leuten, die Angst vor dem sozialen Absturz haben. Daraus ergibt sich allerdings nicht die einfache Schlussfolgerung, dass es nur allen besser gehen muss, um Rassismus zu bekämpfen oder gar zu beseitigen. Die „Sarrazin-Debatte“ zeigt, dass Wohlstand alleine Ungleichwertigkeitsideologien nicht beseitigt. (10) Der „Rassismus in der Leistungsgesellschaft“ (ebd.) ist sowohl in den Herrschaftsklassen wie auch in den Mittel- und untergeordneten Klassenfraktionen erkennbar. Die Argumente gegen Wohlstandsverlust im lokalen (ob in Grünau oder in Wahren) oder im nationalen Rahmen haben ähnliche Strukturen und Begründungslogiken. Während sich Sarrazin

um den Absturz und den vermeintlichen sozialen und biologischen Verfall der BRD seine rassistischen, chauvinistischen und sozialdarwinistischen Sorgen macht, wollen die anderen ihre Nachbarschaft und Immobilien vor dem (weiteren) ökonomischen und sozialen Verlust schützen.

Letztendlich ist es ein ganz „banaler“ Rassismus, der sich in Leipzig Bahn bricht: Banal in dem Sinne, dass er kein „heißer“ Rassismus ist, der die „Nation“ oder den rassistischen Staat neu „schmiedet“ – also erst erschaffen muss. (11) Der banale Rassismus wird täglich (re-)produziert, auf der Straße, in der Bahn, den Ämtern oder im Stadion. Er bezieht sich auf ein als natürlich behauptetes Kollektiv („Nation“, „Deutschland“), ruft aber keine totale Mobilisierung einer ganzen „Nation“ auf. „Nur“ die Mobilisierung etwa einer Bürgerinitiative wird verlangt. Es geht hier also um eine alltägliche Erneuerung rassistischer Normalzustände. In unserem Fall sind diese Alltagspraktiken von den Ereignissen um die Unterbringung der Asylsuchenden beeinflusst worden. Morgen ist dieses Ereignis vielleicht vergessen. Der alltägliche Rassismus wird dadurch nicht weniger – er bleibt ein „banaler“ Leipziger Zustand.

Der Stadtverwaltung und den Stadtratsfraktionen von SPD, der LINKEN und B90/Die Grünen muss man bei dieser Debatte anerkennend zustehen: Sie sind beim Konzept der dezentralen Unterbringung nicht umgekippt. Das ist immerhin ein Anfang. Mehr ist es nicht.

Stefan Kausch, Alexander Stärck, unter Mitarbeit von Katja Sternberger (Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (FKR), Leipzig)

Das Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (FKR) arbeitet seit 2005 an der Schnittstelle von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und politischer Bildungsarbeit. Neben der Auseinandersetzung gegen das Deutungsmuster "(Rechts-)Extremismus" arbeiten wir u. a. zu den Themen Demokratie und Ordnung, zur Herausforderung von Staats-, Gesellschafts- und Identitätsgrenzen in einer Welt der Migration, zu Rassismus, sowie den "Grauzonen" bei der Problematisierung von politischen Phänomenen jenseits des "Neonazismus". Formate sind Tagungen, Vortragsreihen, Workshops, Publikationen, Fortbildungen.

(8) u. a. vom Team um Decker, Weißmann und Brähler (2006-2010), sowie die von Heitmeyer und Co. angelegte Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ (Folge 1-10, 2002-2012)

(9) <http://initiativkreis.blogspot.de/images/SCAN0003.JPG>, 04.08.2012

(10) zur Analyse dieses Phänomens siehe u. a. Sebastian Friedrichs (2011): *Rassismus in der Leistungsgesellschaft*, Münster

(11) Vgl. zur Unterscheidung von „banal“ und „hot nationalism“ Michael Billig (1995): *Banal Nationalism*, London. Siehe dazu auch Oliver Kohns (2011): *Diskurse der 'nationalen Identität' in Deutschland: Der Fall Sarrazin aus kulturwissenschaftlicher Perspektive*, in: *kultuRRevolution* Nr. 60, Juni 2011.

Aktuelle Veröffentlichung: *Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternative des Extremismusmodells*. Wiesbaden 2011.

Infos: [www.engagiertewissenschaft.de/frk](http://www.engagiertewissenschaft.de/frk)

# „Sind sie sich sicher dass sie da hinwollen?“ Ein Comic beleuchtet die Situation

von Asylsuchenden in Sachsen-Anhalt

Ja, Paula Bulling, Autorin, Zeichnerin und Figur ihrer Comic-Reportage „Im Land der Frühaufsteher“, wollte da hin. Zur Gemeinschaftsunterkunft der zentralen Aufnahmestelle (GU ZAST) Halberstadt. Oder weniger euphemistisch ausgedrückt: zum Asylbewerberheim Halberstadt. Die Szene, die sich hier in Schwarz-Weiß abspielt, könnte überall in Sachsen-Anhalt passiert sein, denn Bulling hat für ihre Recherche über deutsche Asylpolitik weite Teile des Bundeslands bereist und viele Heime besucht.

## Eine Bildergeschichte über die Tristesse des Asylverfahrens

Paula Bulling studierte Illustration in Halle an der Saale, an der Hochschule für Kunst und Design. Im Juni dieses Jahres erschien ihre erste Comic-Reportage beim Avant-Verlag, in der die Jungautorin aus ihrer Perspektive Ausschnitte des Alltags in Asylbewerberheimen illustriert. Sie erzählt von der ständigen Ungewissheit, dem Warten, dem Mürbemachen und dem trostlosen Dasein der Bewohner\_innen. Aber auch von mal mehr und mal weniger verstecktem Rassismus, Vorbehalten gegenüber ihrer eigenen Position als weiße Erzählerin und dem ungeklärten Tod des georgischen Flüchtlings Azad Hadji.

Ihr Comic lebt von der Stimmung, die ihre Zeichnungen bei den Leser\_innen hervorrufen. Eine Überflutung von Tristesse, Düsternis und Trostlosigkeit. Aber wahrscheinlich ist die Realität noch trister als die Zeichnungen selbst, was allein schon dem Umstand geschuldet ist, dass die meisten Heime Ostdeutschlands in ehemaligen Kasernen oder Fabriken untergebracht sind. Da sich die Unterkünfte fernab der Städte und Dörfer befinden, kommt selten jemand vorbei. Sie bleiben der breiten Öffentlichkeit im Dunkeln verborgen. Bulling wirft mit ihrem Comic ein bisschen Licht auf diese finsternen Umstände.

Auch wenn sich Bulling zuvor bereits mit dem Thema beschäftigte, scheint es auch für sie stellenweise schwer gewesen zu sein, Zugang zu finden. Die Zeichnungen, die sie während ihrer Recherche anfertigte – häufig Porträts – schei-

nen ihr es erleichtert zu haben, Kontakt zu knüpfen. Die Zeichnungen fungieren als eine Art Türöffner zu den Asylbewerber\_innen. Türöffner aber auch zur breiten Öffentlichkeit. Denn auch wenn Comics immer noch ein Nischenprodukt sind, ist die Nutzung dieser Kunstform eine großartige und mutige Idee, um das Thema publik zu machen.

Bulling bedient sich vieler grafischer Möglichkeiten. Die Bilder fließen bisweilen ineinander über. Zum Teil wirken sie unfertig, skizzenhaft, kurz darauf sehr ausgereift. Im Großen und Ganzen sehr unruhig. Häufig sprechen ganzseitige Bildarrangements für sich und bedürfen keiner Texte. Werden Texte benutzt, wirken sie genauso unruhig wie ihre Zeichnungen. Die Leser\_innen müssen zwischen deutscher und französischer Sprache hin- und herspringen. Wird französisch gesprochen, finden die Leser\_innen die Übersetzungen am Seitenende. Wird Mòoré (1) gesprochen, fragt sie – als Paula selbst – im Text nach der Übersetzung. Sie macht es den Leser\_innen nicht leicht, aber genau darin liegt der Reiz des Lesens und Sehens. Und genau dies verdeutlicht die Wirrungen, die das Leben als Asylbewerber\_in mit sich bringen.

## Der Comic zeigt Menschen, nicht nur Asylsuchende

Die Auswahl der Szenen ist Paula Bulling gelungen. Die Personen, die in ihrer Comic-Reportage vorkommen, werden nicht auf ihr Dasein als Asylbewerber\_innen reduziert. Stattdessen werden Menschen in ihrem Alltagsgeschehen gezeigt, die ins Kino oder tanzen gehen, die fernsehen und die mit ihren Kindern draußen spielen. In solch einer Alltagssituation lernte sie auch – kurz vor seinem Tod – Azad Hadji kennen. Der einzige Asylbewerber, der bei seinem richtigen Namen genannt wird. Mit ihm endet auch der Comic. Hadji starb unter ungeklärten Umständen am 14. Juli 2009 an schweren Brandverletzungen. Nach Polizeiangaben zog er sich die Verletzungen in einem Imbissladen zu, der aus ungeklärter Ursache explodierte. (2) Zurück blieben seine Frau und Kinder. (3) (Wendy Ramola)

# Miteinander e.V.

## Leitbild

Der gemeinnützige Verein Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V. setzt sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus ein. Wir arbeiten gegen Rassismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die zu Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt führen. Ein besonderes Anliegen ist uns die Stärkung demokratischer Akteur\_innen der Zivilgesellschaft und nicht-rechter Jugendlicher sowie die Unterstützung von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Wir sind in den Handlungsfeldern der Analyse, Beratung, Unterstützung und Bildung tätig mit dem Ziel, einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft in Sachsen-Anhalt zu leisten. Die besondere Qualität unserer Arbeit liegt darin, aus einem breiten Methoden- und Beratungsspektrum auf die jeweils spezifischen Problemlagen zugeschnittene Angebote zu entwickeln. Von unseren Bildungs- und Beratungsangeboten profitieren sowohl Jugendliche als auch Erwachsene. Der Verein engagiert sich in der Jugend- und Erwachsenenbildung, der Gemeinwesenarbeit, der Beratung von Zivilgesellschaft und kommunalen Akteur\_innen sowie der parteilichen Opferberatung.

## Struktur

Mitglieder des Vereins sind derzeit sieben Institutionen sowie 50 Privatpersonen. Der Verein beschäftigt gegenwärtig 22 hauptamtliche Mitarbeiter\_innen in den drei Regionalen Zentren Magdeburg, Salzwedel und Halle/Saale. Miteinander e. V. ist Träger mehrerer Bundesprojekte – u. a. der *Mobilien Beratung für Opfer rechter Gewalt*, der *Arbeitsstelle Rechtsextremismus*, der *Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus*, Träger des Modellprojekts *Rollenwechsel*, des *AntidiskriminierungsNetzwerks Sachsen-Anhalt*, des LAP-Projekts *Junge Ideen* sowie der *Netzwerkstelle Demokratisches Magdeburg*. Dem Vorstand gehören Hans-Jochen Tschiche (Vorsitzender), Anke Lohmann, Curt Stauss und Holger Hövelmann an.

## Anerkennung unserer Arbeit

Am 14. September 2003 wurde Miteinander e. V. mit dem „Julius-Rumpf-Preis“ der Martin-Niemöller-Stiftung ausgezeichnet. Pfarrer Julius Rumpf (1874-1948) war Weggefährte von Martin Niemöller und Mitglied der Bekennenden Kirche. Mit dem Preis werden jährlich Einzelpersonen und Gruppen ausgezeichnet, die „in sinnvollen Projekten Strukturen der Toleranz und der gewaltfreien Konfliktlösung, der Mitmenschlichkeit und der Versöhnung“ aufbauen. Darüber hinaus wurden Einzelprojekte von Miteinander e. V. mit dem „Einheitspreis“ (2007) und bereits dreimal mit dem Preis des „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ ausgezeichnet.

## Kontaktadressen

Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.  
Web: [www.miteinander-ev.de](http://www.miteinander-ev.de)  
Facebook: <https://www.facebook.com/miteinanderev>

Geschäftsstelle  
Erich-Weinert-Straße 30  
39104 Magdeburg  
Tel.: (0391) 620773  
Fax: (0391) 6207740  
net.gs@miteinander-ev.de

Regionales Zentrum Nord  
Chüdenstr. 4  
29410 Salzwedel  
Tel.: (03901) 306430  
Fax: (03901) 306432  
net.rzn@miteinander-ev.de

Regionales Zentrum Süd  
Platanenstr. 9  
06114 Halle/Saale  
Tel.: (0345) 2266450  
Fax: (0345) 2267101  
net.rzs@miteinander-ev.de

# Spendenaufwurf

Bitte unterstützen Sie mit einer Spende unsere Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus! Alle Spenden kommen direkt der Arbeit des Vereins zugute. Spenden Sie auf das rechts angegebene Vereinskonto.

Möchten Sie mit Ihrer Spende gezielt ein Jugendprojekt, ein Schulprojekt, ein Geschichtsprojekt oder den Opferfonds unterstützen?

Sprechen Sie uns an und wählen Sie eines der Miteinander-Projekte aus! (Kontakt über die Geschäftsstelle)

Der Verein ist gemeinnützig und Ihre Spende steuerlich absetzbar. Die ordnungsgemäße Verwendung aller Mittel wird durch die Kasenprüfer\_innen des Vereins und ein Steuerbüro kontrolliert. Wenn Sie eine Spendenbescheinigung wünschen, teilen Sie uns bitte Ihre Anschrift mit.

Spendenkonto  
Kontoinhaber: Miteinander e. V.  
Konto-Nr.: 84 73 400  
BLZ: 810 205 00  
Bank für Sozialwirtschaft AG

## IM LAND DER FRÜHAUFSTEHER

PAULA BULLING



Paula Bulling:  
Im Land der Frühaufsteher,  
Avant-Verlag, 125 Seiten, 17,95€.

(1) Mòoré wird in weiten Teilen Burkina Fasos gesprochen.  
(2) [www.ludwigstrasse37.de/nolager/aktuell\\_12\\_05\\_31.htm](http://www.ludwigstrasse37.de/nolager/aktuell_12_05_31.htm).  
(3) Nach Prüfung der Aufenthaltsgenehmigung der Familie entschied die Härtefallkommission Ende Juni 2012, das Bleiberecht zu erteilen.



# Es dreht sich alles ...

*Die Geschichte von Max – Ein Rap-Theater-Experiment*

*Eine filmische Dokumentation von Luise Marbach über das Projekt RAP-THEATER-EXPERIMENT im Rahmen des Projektes RollenWechsel, welches im Frühjahr 2012 in Halle/Saale mit Jugendlichen durchgeführt wurde.*

*Max ist 15 Jahre alt und eigentlich noch Schüler. Eines Morgens kommt ein Brief nach Hause. Die Mutter ist wütend, ein Rauschmiss folgt. Was geht? Max trifft sich mit seinen Kumpels und redet sich den Frust von der Seele. Statt in die Schule zu gehen, rappt er lieber und schreibt seinen ersten Rap Song. Max ist auf der Suche. Wo führt sein Weg hin?*

*Diese DVD beinhaltet den Mitschnitt des RAP-THEATER-EXPERIMENTs, die filmische Dokumentation des Projektes sowie ein Radiointerview der Teilnehmenden zum Projekt.*

*Ein Projekt von Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. in Zusammenarbeit mit dem Schul-Motivations- Aktivierungskurs (SMAK) des Clara Zetkin e.V. Halle/Saale und der Rockstation – Kultur e.V.*

*Wir danken dem Alternativen Jugendzentrum e.V. in Chemnitz insbesondere Manuel und Marcus sowie der Veranstaltungs- Technik Böttcher in Halle für ihre Unterstützung.*

*Das Projekt wurde gefördert durch das BMFSFJ im Rahmen des Bundesprogrammes „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“, dem Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt sowie LOTTO-TOTO Sachsen-Anhalt.*

*Die DVD kann gegen eine Gebühr von 3 Euro für Porto und Verpackung bei Miteinander e.V. bestellt werden. Darüber hinaus freuen wir uns über Spenden.*

## Impressum newsletter # 37

Herausgeber:  
Miteinander – Netzwerk für  
Demokratie und Weltoffenheit  
in Sachsen-Anhalt e. V.

Redaktion:  
Pascal Begrich (V.i.S.d.P.)  
Michael Barthel  
Martin Beck

Autor\_innen:  
Michael Barthel - mib  
David Begrich – db  
Pascal Begrich – pb  
Timo Götze  
Stefan Kausch  
Kathrin Lau – kl  
Ricarda Milke – rm  
Wendy Ramola  
Alexander Stärck  
Katja Sternberger  
Martin Vesely – mv  
Thomas Weber

Auflage: 700

*Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie durch Mittel des Ministeriums für Arbeit und Soziales Sachsen-Anhalt.*